

Axel Gehring\*

## Strategische Autonomie oder Insel der Importsubstitution im Neoliberalismus?

### Über die politökonomische Bedeutung der türkischen Rüstungsindustrie

**Zusammenfassung:** Das Bemühen der Türkei um eine stärkere strategische Autonomie treibt den Ausbau seiner Rüstungsindustrie an. Zugleich werden hohe exportpolitische Erwartungen in die Rüstungsindustrie gesetzt, doch die lokale Industrie ist gezwungen modernste Komponenten zu importieren. Dieser Beitrag debattiert das Spannungsverhältnis von strategischer Autonomie und ökonomischer Ratio im Kontext der historischen und gegenwärtigen politischen wie ökonomischen Konjunkturen und Konflikte des türkischen Neoliberalismus. Er stellt zudem aus Sicht einer kritischen Politischen Ökonomie die Frage, ob und inwieweit es sich um einen militärisch-industriellen Komplex im Werden handelt und ob dieser Begriff ermöglicht, die Begebenheiten eines Staates der kapitalistischen Semiperipherie abzubilden.

**Schlagwörter:** Rüstungsindustrie, Türkei, militärisch-industrieller Komplex, Industriepolitik

### Strategic autonomy or island of import substitution in neoliberalism? On the politico-economic significance of the Turkish arms industry

**Abstract:** Turkey's desire for a higher strategic autonomy is driving the persistent development of an indigenous defense industry. At the same time high expectations are placed into the industry's capacity to export arms, but the local industry is forced to import the most modern components. This contribution debates the tension between strategic autonomy and economic ratio within the context of the historical and contemporary conjunctures and conflicts of Turkish Neoliberalism. Furthermore, it asks whether it can be evaluated as an ascending military-industrial-complex and if that concept enables to grasp the economic relations of a state in the capitalist semi-periphery.

**Keywords:** Armament industry, Turkey, military-industrial complex, industrial policy

---

\* Axel Gehring  ist Politikwissenschaftler.

**T**rotz aller Konflikte und Widersprüche ist die feste Integration der Türkei in die NATO Bestandteil der außenpolitischen Staatsraison der Bündnisstaaten, und selbstredend hat diese auch eine rüstungspolitische Dimension. Doch gehört die Kritik an deutschen Waffenexporten in die Türkei hierzulande seit Jahrzehnten zum Standardrepertoire einer kritischen Öffentlichkeit. Jede Bundesregierung, die den Verkauf von Waffen in die Türkei erlauben möchte, befindet sich unter Rechtfertigungsdruck. In der Folge gibt es in der Türkei seit Jahrzehnten Bemühungen, sich selbst rüstungspolitisch ein Stück unabhängiger zu machen.

Allerdings setzten moderne Rüstungsgüter einen fortwährenden Know-how-Transfer und den Import modernster Vorprodukte und Zwischengüter voraus. Der Ausbau der Rüstungsindustrie als Politik der Importsubstitution schuf damit auch neue Importabhängigkeiten, gerade wenn er versucht, Importsubstitution und Exportpromotion miteinander zu verbinden. Strategische Autonomie und ökonomische Interessen stehen also in einem Spannungsverhältnis zueinander. Beide Ziele lassen sich zugleich immer nur in Teilen realisieren. Welches der Ziele in welchem Maß erreicht wird, ist dabei unterschiedlichen Konflikten und Interessenslagen innerhalb des türkischen Machblocks geschuldet sowie zum Teil durch die konkreten äußeren Handlungsspielräume bedingt, die die Türkei als semiperipherer Staat hat.

Dieser Beitrag debattiert das Spannungsverhältnis von strategischer Autonomie und ökonomischer Ratio im Kontext der historischen und gegenwärtigen politischen wie ökonomischen Konjunkturen und Konflikte. Er stellt zudem aus Sicht einer kritischen Politischen Ökonomie die Frage, ob und inwieweit es sich um einen militärisch-industriellen Komplex im Werden handelt.

## **1. Westintegration und Internationalisierung versus strategische Autonomie?**

Seit dem Beitritt zur NATO im Jahr 1952 war die türkische Militärdoktrin primär auf eine Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Vertrages sowie das Paradigma der Interoperabilität mit NATO-Streitkräften ausgerichtet. Der angesichts der damals schwachen Industrialisierung des Landes ohnehin nur inkonsequent verfolgte Aufbau einer türkischen Rüstungsindustrie wurde zugunsten von Importen moderner (damals vor allem) US-amerikanischer Waffensysteme weitgehend aufgegeben (Réal-Pinto 2017). Allenfalls kleinere Betriebe etablierten sich im Zusammenhang mit den notwendigen Wartungsarbeiten von Waffensystemen. Auch der Militärputsch von 1960 stellte keine rüstungspolitische Zäsur dar, obgleich er nunmehr offiziell den Weg zur importsubstituierenden Industrialisierung

eröffnete (ebd.: 6). Dies ist einerseits dem Kontext der türkischen Westintegration geschuldet, da das Projekt der Importsubstitution in diese eingebettet und wesentlich mit westlichen Akteuren abgestimmt war (Gehring 2019a: 163ff.). Andererseits spielten die inneren Kräfteverhältnisse eine wichtige Rolle, denn mit fortschreitendem industriellem Wachstum bauten die großen türkischen Industriekonglomerate ihren politischen Einfluss auch auf die Wirtschaftspolitik immer weiter aus. Rasch wurde individualkapitalistisches Profitstreben wirkmächtiger als modernistisch-entwicklungsstaatliche Orientierungen (ebd.: 136ff.). In diesem Setting fand Industrialisierung primär in der Breite, weniger in der Tiefe statt und die Handelsbilanz blieb in Folge der fortbestehenden Importabhängigkeit im hohen Maße defizitär, die Abhängigkeit von ausländischen Krediten wuchs sogar (Boratav 1986).

Während aus dem kapitalistischen Akkumulationsprozess also keine Dynamik entsprang, die in Richtung einer Rüstungsindustrie drängte oder auch nur ein vertiefte Industrialisierung beförderte, die diese implizit begünstigt hätte, wuchsen die unmittelbaren militärpolitischen Interessen an einer stärkeren rüstungstechnischen Eigenständigkeit. Denn die Türkei verfolgte im wachsenden Maße außenpolitische Interessen, die jenseits des Systemkonfliktes lagen. Insbesondere der Konflikt mit Griechenland um Zypern sollte Impulse in Richtung einer türkischen Rüstungsindustrie setzen: In Folge der türkischen Invasion der Insel im Jahr 1974 hatten die USA gegenüber der Türkei temporär ein Waffenembargo verhängt (Durmaz 2014). Mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 1984 waren die Türkischen Streitkräfte zudem mit einer wachsenden militärischen Herausforderung konfrontiert, die sie zunächst allerdings unterschätzten (Zürcher 2017: 307) und (noch) nicht systematisch in ihrer Rüstung berücksichtigten.

Vor dem Hintergrund des internationalen Siegeszuges des Neoliberalismus wuchs Ende der 1970er-Jahre der Druck auf die Türkei, ihr importsubstituierendes Entwicklungsmodell aufzugeben, da die Gewährung westlicher Kredite an die Übernahme des Washington-Konsensus gekoppelt war. Für die großen türkischen Konglomerate, die als innere Bourgeoisie im Sinn von Poulantzas die führenden Kapitalfraktionen darstellten (Poulantzas 1975: 65), war die Kreditbeziehung der entscheidende Hebel sich dem neoliberalen Paradigma zuzuwenden, um weiterhin ihre lokale Produktion aufrechterhalten zu können. Politische Widerstände und gesellschaftlicher Unfriede standen einer friedlichen Transition im Wege. So stellte der Putsch von 1980 nicht etwa primär eine Aktion eines kemalistisch-entwicklungsstaatlichen Establishments dar, sondern war vielmehr der konkrete politische Versuch, das lokale Wirtschaftsregime – im Interesse der sozial wirkmächtigen inneren Bourgeoisie – dem veränderten Weltsystem anzupassen (Gehring 2019a: 208ff.).

Die nach dem Militärputsch forcierte Neoliberalisierung sollte die türkische Ökonomie nicht nur durch Druck auf die Löhne wettbewerbsfähiger, sondern mittels Deregulierung auch für internationale Investitionen attraktiv machen. Trotz einer Exportoffensive wurde dieses Ziel im Hinblick auf die Modernisierung der Industrie in den 1980er-Jahren weitgehend verfehlt. Die türkischen Konglomeratsunternehmen investierten kaum in die Erneuerung ihrer industriellen Substanz und schlossen nicht zu ihren europäischen Konkurrenten auf. Stattdessen fokussierten sie sich weiter auf den Binnenmarkt und weiteten im Kontext der Finanzialisierung und rasant wachsenden Staatsverschuldung seit 1989 ihre Aktivitäten im Finanzsektor aus (Yalman 2009). Dies ging zu Lasten der Akkumulation industriellen Kapitals (Öztürk 2011: 206).

Gleichzeitig wurde im Kontrast zur Politik der neoliberalen Deregulierung staatlicherseits der Aufbau einer türkischen Rüstungsindustrie forciert (Réal-Pinto 2017: 6). Mit dem Gesetz Nr. 3238 wurde 1985 das Untersekretariat für Rüstungsindustrie gegründet (Demir u.a. 2016: 9). Dieser Schritt hin zu einer stärker politisch koordinierten Entwicklung der lokalen Rüstungsindustrie war dem Bestreben einer stärkeren rüstungspolitischen Unabhängigkeit geschuldet, dennoch konnte diese auf Grund des erheblichen technologischen Abstandes zu den restlichen NATO-Staaten nur in enger Abstimmung und komplementär zu ihnen erfolgen. Im Kontext des Kalten Krieges begrüßte die US-Administration das türkische Vorhaben nachdrücklich, da es eine Steigerung der gesamten NATO-Rüstungsausgaben bedeutete. Und konkret es eröffnete es einen neuen Markt für US-Rüstungsfirmen, die nun lukrative Joint Ventures mit türkischen Firmen eingehen konnten (Réal-Pinto 2017). Zu diesem Zweck war bereits 1984 Turkish Aerospace Industries (TAI) als staatliches Unternehmen gegründet worden, um erhebliche Teile des Rumpfes von F-16 Mehrzweckkampfflugzeugen zu produzieren, die die Türkei zu Hunderten aus den USA erwarb. Eine bedeutende Gründung stellte ebenso FMC-Nurol Savunma Sanayii A.Ş. (FNSS) dar, ein Unternehmen, das auf einer Partnerschaft zwischen der privaten Nurol Holding und der US-amerikanischen FMC beruhte und später von British Aerospace Systems (BAE) gekauft wurde (ebd.: 5). 1987 wurde durch ein spezielles Gesetz die Stiftung für die Stärkung der Türkischen Streitkräfte/*Türk Silahlı Kuvvetlerini Güçlendirme Vakfı* (TSKGV) als private Körperschaft gegründet, die als Eignerin einer Reihe einer Reihe von Rüstungsunternehmen fungiert. Der türkische Rüstungssektor begann, in sich zwei einander scheinbar widersprechende ökonomische Paradigmen zu vereinen: Entwicklungsstaat und Neoliberalismus (ebd.: 5). Die Türkisierung der Rüstungsindustrie wurde zudem nachdrücklich von der französischen Regierung unterstützt, die darin die Möglichkeit sah, die Abhängigkeit der Türkei von der US-Hegemonie langfristig zu reduzieren. Zu-

dem erhoffte sie sich regelmäßigeren Marktzugang für ihre Industrie, denn einen solchen hatten bislang primär nur deutsche Firmen gehabt. Frankreich versuchte damals zudem die Rolle Europas als Technologiestandort mittels der intergouvernementalen *Eureka* Initiative zu stärken, die sich darum bemühte, industriebezogene Forschungsvorhaben auf intergouvernementaler Ebene stärker zu koordinieren und in diesem Rahmen neue Finanzierungskonzepte zu entwickeln. Die Türkei war vom offiziellen Start der Initiative im Jahr 1985 an daran beteiligt (ebd.).

Doch die Entwicklung einer Rüstungsindustrie ist niemals nur das Ergebnis spezifischer staatlicher Anstrengungen zur gezielten Förderung von Rüstungsunternehmen oder Technologieclustern. Diese hängt wesentlich auch von der Struktur der Gesamtwirtschaft ab, von den in ihr agierenden Unternehmen, der Logik des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und den regulativen Strukturen, die ihm einen Rahmen geben. Der türkische Neoliberalismus ist durch eine starke Finanzialisierung geprägt, die sich dem Paradigma der Disziplinierung durch freie Märkte im Kontext der IWF- und EU-Beitrittspolitik verdankt. Dies ging zu Lasten der Akkumulation industriellen Kapitals und der Modernisierung der Industrie insgesamt. Bis heute hat diese in den 1990er- und 2000er-Jahren herausgebildete Struktur einen erheblichen Einfluss auf die Kräfteverhältnisse zwischen führenden Klassenfraktionen und auf die Rüstungsindustrie.

## **2. Finanzialisierung und disziplinierender Neoliberalismus als Hemmnisse für Industrielentwicklung**

Zum Ende der 1980er-Jahre hatte die türkische Ökonomie wieder an Dynamik verloren: Das System der Exportsubventionen, das der binnenorientierten türkischen Industrie nach der Transition zum Neoliberalismus helfen sollte, auf den Weltmärkten Fuß zu fassen, musste im Kontext der Uruguay-Runde des General Agreement of Tariffs and Trade (GATT) fallengelassen werden. Die ökonomischen und politischen Eliten des Landes suchten nach einer neuen Strategie der Neoliberalisierung (Gehring 2019a: 233).

Vom EG-Beitritt erhofften sich die türkischen Eliten nicht nur einen vereinfachten Marktzugang für ihre Industrie, sondern auch mehr ausländische Direktinvestitionen von europäischen Konzernen und somit eine verbesserte Kapitalausstattung ihrer Unternehmen, bis hin zu einer Modernisierung ihrer industriellen Struktur (Yalman 2009: 276). Obgleich die Zollunion zwischen der EU und der Türkei von 1996 einen großen Zwischenerfolg darstellte, wurden diese Ziele jedoch nur eingeschränkt erreicht, da der von der steigenden Staatsverschuldung induzierte staatszentrierte Finanzialisierungsprozess

der 1990er-Jahre lukrative Investitions- und Anlageräume im Banken- und Finanzsektor eröffnete (Ataç 2013: 96). Der individuellen Profitlogik folgend investierten die türkischen Konglomerate in den 1990er-Jahren daher noch stärker zu Lasten des Industriesektors als in der Dekade zuvor. Die Öffnung des Kapitalmarktes hatte es türkischen Banken ermöglicht, sich in Fremdwährung zu verschulden, wodurch sich die Volatilität der internationalen Finanzströme auf die türkische Ökonomie besonders stark auswirkte. Weitere Finanzkrisen sollten fortan durch Strukturanpassungsprogramme unter Ägide des IWF verhindert werden. Deren am disziplinierenden Neoliberalismus (Gill 2000) orientierte Prinzipien wurden im Rahmen der EU-Beitrittspolitik durch das Nationale Programm zur Übernahme des Aquis Communautaire dauerhaft verankert (Gehring 2019a: 312f.). Dazu gehörten unter anderem eine am Monetarismus orientierte Geldpolitik, eine straffe Haushaltsführung und umfangreiche Privatisierungen, von denen nicht nur internationale Konzerne, sondern zahlreiche türkische Holdings profitierten.

Die nunmehr vom EU-Projekt getragene Neoliberalisierungsstrategie verfehlte jedoch ihr Ziel der grundlegenden Erneuerung der industriellen Struktur. Die in Folge der Strukturanpassungen aufgewertete Lira, die massiven Privatisierungen und ein Finanzialisierungsprozess, der nun auch Privatkund\_innen erfasste, schufen profitable Anlageräume außerhalb der Industrie (Öztürk 2010: 147ff.; Ataç 2013: 175). Zudem büßte die Türkei infolge ihrer Neoliberalisierungsstrategie insgesamt industriepolitische Handlungskapazitäten ein. Summa summarum fungierten die Strukturanpassungsprogramme und die EU-Beitrittspolitiken der vergangenen Jahrzehnte als institutioneller Anker des disziplinierenden Neoliberalismus in der Türkei. So schufen sie jenes »berechenbare« wirtschaftspolitische Umfeld, das für internationale Direkt- und Portfolioinvestitionen erforderlich ist. Anstatt das binnenorientierte und stark konsumorientierte Wachstumsmodell samt seiner strukturellen Leistungsbilanzdefizite zu überwinden, verfestigten sie es auf eine dynamische Weise, indem sie einen institutionellen Rahmen zur Finanzierung ebendieser Defizite kreierten (Gehring 2019a: 299 ff.; Gehring 2020). Die türkische Industrie blieb im Hinblick auf ihre Endprodukte überaus divers aufgestellt, wies aber weiterhin eine geringe Produktionstiefe auf. Denn auch in den 2000er-Jahren entwickelte die kapitalistische Akkumulation keine dominante Dynamik hin zu einer beständigen Vertiefung und Modernisierung der industriellen Struktur. Vielmehr gingen seit 1980 mit dem Beginn der Neoliberalisierung die öffentlichen wie privaten Investitionen im Industriesektor ständig zurück (Akça 2010: 26). Gewinne aus industriellen Aktivitäten wurden konglomeratsintern in einem hohen Maße in industriefernen Bereichen wie dem Handels-, Finanz- und Immobiliensektor in-

vestiert (Öztürk 2010) und so haben sich seit dem Antritt der Regierung der AKP (Partei für Entwicklung und Fortschritt) insbesondere der Immobilien-, der Bau- und damit verbunden der Finanzsektor besonders dynamisch entwickelt (Karatepe 2020). Zeiten hoher quantitativer Wachstumsraten sind daher unter dem neoliberalen Regime nicht von einer grundlegenden Modernisierung der türkischen Industrie geprägt und induzieren keine Dynamik, die von sich heraus das Anschließen an technische führende Industrienationen oder gar die Entwicklung einer nationalen Bourgeoisie begünstigen würde und die Türkei bleibt insgesamt durch passive Extravision, also durch starke Importabhängigkeit, geprägt (Becker 2008).

Allerdings wurde die türkische Industrie seit Ende der 1990er-Jahre verstärkt in globale Produktionskreisläufe eingebunden und modernisierte ihre industrielle Struktur in begrenztem Maß, um diese Einbindung nicht zu verlieren (Öztürk 2011). Für die türkischen Privatunternehmen ist es riskant und kurzfristig wenig profitabel, in direkte Konkurrenz mit führenden Industriekonzernen zu treten, sie bevorzugen daher eine zu diesen komplementäre Rolle. Zugleich aber ist die türkische Industrie deutlich moderner und diverser aufgestellt als die anderen Industrien der Region sowie der Ex-Sowjetunion, in denen sie wiederum selbst investiert.

Doch auch damit verfolgen die führenden Kapitalfraktionen als innere Bourgeoisie ihre eigenen Projekte innerhalb der gegebenen Struktur und komplementär zu europäischen Konzernen. Letztere können sie aber nicht aus eigener Kraft verlassen und die Möglichkeiten des Landes innerhalb der kapitalistischen Arbeitsteilung weiter aufzusteigen sind begrenzt: Sowohl die Produktion für den lokalen Markt als auch für den Export greift auf ausländische Patente aus höher entwickelten kapitalistischen Ökonomien zurück und importiert in einem hohen Maße komplexe und damit teure Vor- und Zwischengüter. Dies wirkt sich negativ auf die Wertschöpfung aus, die die türkische Industrie mit Industrieprodukten erzielen kann und trägt mit zu den hohen Leistungsbilanzdefiziten bei. Das binnenorientierte Wachstumsmodell weist sinkende Defizite oder gar eine ausgeglichene Leistungsbilanz real nur in Zeiten tiefgreifender Krisen auf, zum Beispiel in Folge verknappten Zugängen zu Devisen (genauere Zahlen dazu siehe World Bank 2020). Auch die IWF-Strukturanpassungspolitiken der 1990er und 2000er-Jahre änderten daran nichts. Im Gegensatz zum disziplinär-neoliberalen Paradigma, das sie einführten, entstand der institutionelle Rahmen für internationale Portfolioinvestitionen, die halfen, die Leistungsbilanzdefizite zu schließen und so zugleich zu konservieren (Gehring 2019a).

Mit der 2007 einsetzenden globalen Wirtschaftskrise wurden die Zuflüsse ausländischen Kapitals unstetiger und ebenso die Wachstumsraten. Dennoch

hat die AKP damals gegen den Willen der führenden Unternehmensverbände auf ein neues Stand-By-Agreement mit dem IWF verzichtet und auch seither keines abgeschlossen. Allerdings wurde das in diesen Verträgen kodifizierte disziplinierend-neoliberale Paradigma mehr und mehr durch einen expansiven Neoliberalismus umgangen, der auf staatliche Stimuli setzt. Durch diese Flexibilisierung der ökonomischen Regulierung, die politisch nicht zuletzt durch einen charismatischen neoliberalen Populismus (Akçay 2018) vermittelt wurde, entwickelte der herrschende Block in der Türkei eine Alternative zu disziplinär-neoliberalen Austeritätspolitiken (vgl. Gehring 2019a). Deflationsspiralen, wie sie zum Beispiel für die mediterranen EU-Staaten typisch waren, konnten so verhindert werden, doch auch dieses wachsende staatliche Engagement brachte keine grundlegende Verschiebung in der vorherrschenden Akkumulationsstrategie. Vielmehr stellte es nunmehr jene Mittel bereit, um die bestehende Strategie so lange wie möglich aufrecht zu erhalten, und der Finanz- und Immobiliensektor bildeten weiterhin Schwerpunkte der Investitionen. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Kontext eine zunehmend expansive Zentralbankpolitik, sie führte jedoch ab 2011 zu einem deutlich sinkenden Wechselkurs samt wachsender inflationärer Tendenzen (Akçay 2018). Die Eskalation dieser Wirtschaftskrise im Währungs-crash von 2018 und das Eintreten in eine manifeste Krisenperiode stellten die vorherrschende Wachstumsstrategie auf ihre bislang schärfste Bewährungsprobe seit 1980 und führten zu einer verstärkten Suche nach Lösungsstrategien. Diese kulminieren nicht zuletzt in einem Diskurs, der verstärkt nationale und lokal (*yerili ve milli*) hergestellte Produkte einfordert (haberler.com 2020). Die Möglichkeit einer Orientierung hin zu einer verstärkt importsubstituierenden Reorientierung der türkischen Wirtschaftspolitik ergibt sich zudem auch aus dem scharfen Einbruch der türkischen Exportperformance und rasant steigender Leistungsbilanzdefizite in Folge der weltweiten Corona-Krise (Ahval 2020).

In diesem Kontext wird gerne auf die sich dynamisch entwickelnde Rüstungsindustrie verwiesen, die gleichzeitig einen Beitrag zur nationalen Unabhängigkeit und (!) zum Export von modernen Gütern hoher Wertschöpfung leisten soll.

### **3. Quantitative Relevanz oder qualitative Bedeutung? Entwicklungen und Parameter der türkischen Rüstungsindustrie**

Nicht die vorherrschende Logik der kapitalistischen Akkumulation in der Türkei, sondern bewusste politische Entscheidungen bildeten den Ausgangspunkt für jene Dynamik, die den Sektor nunmehr zum industriepolitischen

Hoffnungsträger macht. So wurde das Projekt der Türkisierung der Rüstungsindustrie 1995 um weitere 30 Jahre bis 2025 verlängert. Damit reagierte die türkische Regierung nunmehr verstärkt einerseits auch auf die wachsende militärische Herausforderung durch die kurdische Guerilla und andererseits auf die internationale Kritik an ihrer Kriegsführung im kurdischen Raum und den daraus abgeleiteten Forderungen nach Beschränkungen bei den Rüstungsexporten (Réal-Pinto 2017: 12). Obwohl das Projekt nicht diesem Krieg entsprungen war und von diesem auch weiterhin nicht ausschließlich determiniert wurde, wirkten sich die daraus abgeleiteten Erwägungen nun stärker auf die Ausrichtung der Rüstungspolitik aus. Der jährliche Umsatz der türkischen Rüstungsindustrie stieg ungeachtet laufender IWF-Austeritäts-Programme von einer Milliarde auf jährlich 5 Mrd. US-Dollar, während die Türkei bis in die frühen 2000er-Jahre hinein weiterhin zu den vier größten Rüstungsimporturen der Welt gehörte (vgl. ebd.).

Nach der Festnahme Abdullah Öcalans im Jahr 1998 gewannen die türkischen Streitkräfte die militärische Oberhand im türkisch-kurdischen Konflikt (Zürcher 2017: 333f). Insofern die Türkei mit der Schwächung wichtige Kriegsziele erreicht zu haben schien endete dieser Konflikt in den 2000er-Jahren zwar nicht, durchlief aber verschiedene Phasen der zeitweiligen Entspannung. Nicht eine umfassende Friedenslösung, sondern eine schwankende Intensität des Krieges wurde charakteristisch für die Lage im kurdischen Raum. Gleichzeitig hatte sich die Türkei erneut einer zu austeritären IWF-Strukturanpassungspolitik verpflichtet. Innerhalb dieses Settings, das mit den ersten Regierungsperioden der AKP zusammenfiel, sanken die Anteile der Rüstungsausgaben an den Staatsausgaben sogar von 9,2 Prozent im Jahr 2000 auf 5,2 Prozent im Jahr 2015 (Sönmez 2019). Obwohl die Türkei noch keine unmittelbar militärisch konfrontative Außenpolitik gegenüber ihren Nachbarländern verfolgte, entwickelte sich die lokale Rüstungsindustrie dennoch dynamisch.<sup>1</sup> Mit dem Scheitern des neosmanischen Softpoweransatzes, dem Beginn einer wachsenden Anzahl direkter militärischer Interventionen in der Region, dem Ende der Gespräche mit der PKK und einer sich stark intensivierenden Marinerüstung stiegen die Rüstungsausgaben seit 2016 wieder an. Im Jahr 2018 erreichte der Anteil der Rüstungsausgaben an den Staatsausgaben bereits wieder 7,1 Prozent, was 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht (Sönmez 2019).

---

1 Sinkende Gesamtrüstungsausgaben und steigende Umsätze der lokalen Rüstungsindustrie sind dabei keineswegs widersprüchlich insofern die Preise der unterschiedlichen Waffensysteme stark differieren. Insbesondere als Komplettsystem importierte Spitzentechnologie ist besonders teuer.

Firma	2002	2004	2006	2008	2010	2012	2014
Aselsan	318	358	489	695	982	1.396	2.141
TAI-TUSAS	104	106	272	304	418	404	1.726
Otokar	98	282	348	485	548	894	956
MKEK	44	*	*	*	*	*	658
Havelsan	59	*	183	208	186	372	406
Roketsan	*	*	*	138	254	414	716
FNSS	321	181	*	*	171	287	330
KaleKalip	*	90	149	188	254	290	*

\*Firma nicht unter den Top 500 der türkischen Firmen gelistet, Zahlen daher nicht verfügbar.

Tab. 1: Umsätze der größten türkischen Rüstungsfirmen zwischen 2002 und 2014 in Mio. neuer Türkischer Lira; Quelle: Réal-Pinto 2017: 18.

Nicht nur die Umsätze der türkischen Rüstungsunternehmen stiegen während der AKP-Periode deutlich an, sondern – konträr zur restlichen Industrie – ebenso die Investitionsraten des Rüstungssektors (Akça 2010: 26). Auch dies verdeutlicht, wie sehr sich die Entwicklung des Rüstungssektors von den vorherrschenden Strukturlogiken des türkischen Neoliberalismus entkoppelt hat. Sie resultiert wesentlich daraus, dass dort ein Primat der Importsubstitution verfolgt wurde (Mevlütöğlü 2017: 287), was sich im institutionellen Setting des Sektors manifestiert: Neben den unmittelbaren Staatskonzernen sind zahlreiche türkische Rüstungsunternehmen formell privatrechtlich organisiert, aber ihre Anteile befinden sich in signifikantem Umfang im Besitz der Türk Silahlı Kuvvetlerini Güçlendirme Vakfı/Stiftung der Türkischen Streitkräfte (TSKVG) (Akça 2010: 25). So nehmen zahlreiche Firmen im Besitz der TSKVG, wie Aselsan, Aspilsan oder Havelsan, in ihren Segmenten eine führende Stellung ein und halten zudem 62 Prozent des Gesamtmarktes. Der Rest der Umsätze verteilt sich auf die Rüstungsfirmen der großen privaten Konglomerate, die oft mit internationalen Partnern zusammen arbeiten, zum Beispiel Nurol, MIKES oder TAI (deren Anteile zum Teil von der TSKVG gehalten werden). Neuere Rüstungsfirmen wurden häufig in unmittelbarer Nähe zu Recep Tayyip Erdoğan gegründet, dazu gehören zum Beispiel der Drohnenhersteller Baykar Makina sowie Fahrzeughersteller BMC und TÜMOSAN. Dank politischer Protektion weist diese Gruppe überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten auf (Gürçan 2019).

Die korporatistischen Elemente in der Organisation des Rüstungssektors werden auf der Ebene Forschung und Entwicklung durch die staatlicherseits forcierte enge Verzahnung von staatlichen und privaten Universitäten sowie der Türkiye Bilimsel ve Teknolojik Araştırma Kurumu/Türkische Anstalt für

Wissenschaftliche und Technologische Forschung (TÜBITAK) ergänzt. Dies umfasst insbesondere Forschung im Rahmen von Drittmittelprojekten, auch an führenden Universitäten des Landes, und die Gründung von neuen außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Drittmittelgeberin TÜBITAK wird dabei durch ihre lukrativen Verträge mit der Rüstungsindustrie zugleich selbst zur Empfängerin von Drittmitteln, die sie koordiniert, bündelt und weiterleitet, aber für Forschung in ihren eigenen Suborganisationen verwendet (Réal-Pinto 2017: 19).

Bei dieser zielgerichteten Lenkung öffentlicher Ressourcen in ein spezifisches Segment der türkischen Industrie geht es nicht nur um die Deckung des Bedarfs der türkischen Streitkräfte, sondern vermehrt darum, Produkte von höherer Wertschöpfung zu produzieren, die so einen positiven Beitrag zur Handelsbilanz leisten (Gehring 2020). Das staatliche Engagement im Rüstungssektor kann daher auch als ein Versuch angesehen werden, die Industrie insgesamt zu modernisieren – ein Ziel, das man vor dem Hintergrund des generellen Verlustes industriepolitischer Handlungsmöglichkeiten innerhalb des Neoliberalismus nicht hat erreichen können. Nationale Sicherheitsinteressen haben es dabei ermöglicht, in einem kleinen Segment der türkischen Industrie eine Insel der Importsubstitution zu etablieren. Ihr quantitativer Beitrag für die türkische Ökonomie ist gegenwärtig noch gering, sowohl im Hinblick auf ihren Umsatz (10,884 Mrd. US-Dollar im Jahr 2019), wie auch auf die Zahl der Beschäftigten (73.771 im Jahr 2019) (vgl. ILOSTAT database). Es gab dort 2007 erst 17.841 Beschäftigte, 2013 bereits 33.000 (Akça 2010). In den letzten eineinhalb Dekaden hat sich deren Zahl also im Schnitt alle sechs bis sieben Jahre verdoppelt. Zudem bilden sie innerhalb der stark von Informalität und angelernten Tätigkeiten geprägten türkischen Arbeitswelt ein kleines, aber hochqualifiziertes Segment von Lohnarbeitenden (Mevlutoğlu 2017: 290).

Bislang hat der kleine Rüstungssektor eher von der politisch forcierten Militarisierung profitiert, die ihm seinen ökonomischen Sonderstatus ermöglichte; seine weitere Expansion könnte ihn allerdings zum einem Faktor werden lassen, der die Militarisierung der Gesellschaft in stärkerem Maße aktiv vorantreibt. Eine weiterhin dynamisch verlaufende Akkumulation in diesem Sektor wird sich vermittelt über die Profitlogik auch auf die Akkumulationsstrategien und Kräfteverhältnisse zwischen den führenden Konglomeraten auswirken. Zudem befördert die regierungsamtlich und massenmedial als Erfolgsgeschichte vermarktete Entwicklung des Rüstungssektors als erfolgreiche High-Tech-Sparte (habertur.com 2020) die ideologische Militarisierung der Gesellschaft, indem sie einen Nexus von Rüstung und Entwicklung konstruiert. Ob dieser wirklich entsteht, ist keineswegs ausgemacht.

Die staatlichen Investitionen in den Rüstungssektor werden gerne auch mit den Aufträgen an die zivilen Zuliefererbetriebe begründet (Demir u.a. 2016: 8). Allerdings werden in kritischen Ansätzen im Hinblick auf die die Türkei größere wachstumsfördernde Effekte in Form eines Rüstungskeynesianismus, wie sie in den kapitalistischen Zentren mitunter aufträten, bestritten (Akça 2010). Denn die Situation in der Türkei ist makroökonomisch durch passive Extravision gekennzeichnet, bei der die türkische Ökonomie konkret eine Lücke in der Produktion von Investitionsgütern aufweist (Becker 2008). Die daraus entstehenden Leistungsbilanzdefizite und Devisenlücken haben sich in der Vergangenheit immer wieder als Restriktion für den Akkumulationsprozess erwiesen. Da der Rüstungssektor einen negativen Beitrag zur Handelsbilanz leistet – den Exporten von 3,086 Mrd. US-Dollar im Jahr 2019 stehen Importe in Höhe von 3,088 Mrd. US-Dollar gegenüber – vergrößert er das Problem der Extravision.<sup>2,3</sup> Er liefert netto keinen Beitrag zur Verwertung von nationalen Ressourcen, wie es bei »erfolgreichen Rüstungskeynesianismen« in den kapitalistischen Zentren zuweilen der Fall war.

Wie im Folgenden zu zeigen ist, gibt es zudem erhebliche Zielkonflikte zwischen dem Primat der stärkeren nationalen Eigenständigkeit und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Rüstungssektor	2018	2019	Veränderung in %
Umsatz	8,761 Mrd. USD	10,884 Mrd. USD	+24,23%
Exporte	2,188 Mrd. USD	3,068 Mrd. USD	+25,28%
Importe	2,449 Mrd. USD	3,088 Mrd. USD	+26,09%
Beschäftigte	67.239	73.771	+9,71%
Türkei insgesamt			
Bruttosozialprodukt	771,27 Mrd. USD	743,70 Mrd. USD *	-3,58%
Exporte	244,06 Mrd. USD	253,51 Mrd. USD	+3,87%
Importe	265,66 Mrd. USD	245,79 Mrd. USD	-7,5%
Beschäftigte	32,826 Mio.	33,368 Mio.	+1,65%

Tab. 2: Daten zur Bedeutung des Rüstungssektors; Quellen: Sav Türk 2020; IMF 2019; ILOSTAT 2020; World Bank Open Data 2020.

2 Die positive Handelsbilanz im Jahr 2019 stellt gleichwohl einen Sondereffekt der tiefen Wirtschafts- und Währungskrise dar, die unter anderem zu einer erheblichen Verteuerung von Fremdwährungskrediten und damit auch zu einer Verknappung des Devisenzugangs geführt hat.

3 Zudem sind die offiziellen türkischen Zahlen der Handelsbilanz auf Grund häufiger politischer Einflussnahmen auf das Statistikwesen mit äußerster Vorsicht zu genießen – gerade in diesem sensiblen Bereich.

#### **4. National unabhängig und international wettbewerbsfähig – ein unauflösbarer Widerspruch?**

Das Gros der türkischen Eliten betrachtet den Rüstungssektor nicht als Kostenfaktor, sondern schreibt ihm perspektivisch eine wichtige industrie- und exportpolitische Bedeutung zu (Bakeer 2019). Dabei geht es vor allem um die Schaffung eines international wettbewerbsfähigen Industriezweigs, der Güter von höherer Wertschöpfung produziert, als das in den meisten anderen Zweigen der türkischen Industrie der Fall ist (Gehring 2020), und so einen Beitrag dazu leistet, dass die Türkei mittelfristig das Middle-Income-Gap verlassen kann. So hat die Wirtschaftskrise bislang nicht zu sinkenden Absätzen geführt. Allerdings sank die Zahl der Neubestellungen im Jahr 2019 auf 10,7 Mrd. US-Dollar, ein Minus von 12,5 Prozent (Gürcan 2020).

Darüber hinaus stoßen die politischen Bemühungen um eine Türkisierung der lokalen Rüstungsindustrie auf eine Reihe ökonomischer und militärpolitischer Widersprüche. Diese beruhen auf dem Internationalisierungsgrad der Rüstungsproduktion und der Struktur der zivilen Industrien. Eine moderne und auf den internationalen Märkten konkurrenzfähige Rüstungsindustrie ist auf den beständigen Import moderner und modernster Rüstungsgüter und hochwertiger Vorprodukte angewiesen, und dies gerade in einem Land wie der Türkei, die nicht zu den technisch führenden Industriestaaten zählt (Gehring 2020). Die türkische Regierung bekennt sich zwar fortwährend zu den Zielen der Modernisierung und Nationalisierung (d.h. der Türkisierung) der Rüstungsproduktion (vgl. Demir 2016: 31), aber eine solche Kombination von Zielen angesichts komplexer und global vernetzter Produktionsketten erscheint heute selbst in den Staaten der kapitalistischen Zentren kaum erreichbar. Insofern ist eine völlige nationale Unabhängigkeit der Rüstungsproduktion, trotz aller regierungsamtlichen Deklarationen, diese bis 2053 erreichen zu wollen und dabei deren Exporte auf 50 Mrd. US-Dollar zu steigern (Bakeer 2019), primär ein symbolisches Ziel, das dem nationalistischen Diskurs geschuldet ist. Insgesamt reichen die von der Türkei mobilisierten Mittel nicht aus, um in das technologische Spitzenfeld vorzustoßen und rasch Güter mit hoher eigener Produktionstiefe zu entwickeln. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung wachsen und beliefen sich 2019 auf 1,7 Mrd. US-Dollar – 15 Prozent mehr als im Vorjahr; doch der Anteil, der in direkte Technologieentwicklung fließt, erreichte trotz eines Anstiegs von 65 Prozent gerade einmal 249 Mio. US-Dollar (Gürcan 2020). Tatsächlich sind zahlreiche Systeme, die von der Türkei als lokale Produkte bezeichnet werden, Lizenzprodukte auf Basis importierter Subkomponenten (Iddon 2020).

Auch um diesen Widerspruch abzumildern, bemüht sich die Türkei seit Jahrzehnten um eine Diversifikation ihrer Rüstungsimporte, um zumindest über eine Vielzahl von Importkanälen zu verfügen. Denn eine reine Importabhängigkeit von NATO-Staaten und insbesondere von der Bundesrepublik, deren Exportpolitik türkischen Eliten als zu restriktiv gilt, wird als eigenständiges militärpolitisches Problem eingeschätzt. Während des Kalten Krieges und auch der frühen 1990er-Jahre kamen die Rüstungsimporte fast ausschließlich aus NATO-Staaten. Die damals geschlossenen Joint Ventures zur lokalen Lizenzproduktion ersetzten die Abhängigkeit vom Import ganzer Waffensysteme durch die Abhängigkeit von Vorprodukten und erhöhten so den Grad an Autonomie (Réal-Pinto 2017). Mit der Diversifikation der Herkunft von Importen und der breiten Streuung von Kooperationsprojekten im Bereich der Technologieentwicklung wird dieser Weg fortgesetzt.

Ein Beispiel dafür bildet die T155-Firtırna-Haubitze, die eine wichtige Rolle bei den Invasionen Syriens spielte. Sie ist einem Gemeinschaftsprojekt mit Südkorea entsprungen. Gleiches gilt auch für den Kampfpanzer Altay, der den deutschen Leopard ablösen soll (Iddon 2020). Die Entwicklung des Altay bereitet jedoch erhebliche Schwierigkeiten und kommt zudem nicht ohne deutsche Komponenten aus. Bereits die Modernisierung älterer US-amerikanischer Waffensysteme, wie der Phantom F4 und des M60 erfolgte in den 1990er und 2000er-Jahren mit israelischer Unterstützung, nachdem zuvor ein Abkommen zur militärischen Kooperation geschlossen worden war (Réal-Pinto 2017: 12).

Eine wachsende Rolle für die Aufklärung und Leitung von weitreichendem Artilleriefeuer sowie auch für unmittelbare Luftangriffe spielen heute Drohnen. Der Aufbau der türkischen Drohnenindustrie begann mit dem Import israelischer Modelle, durch die Diversifikation von Zulieferern konnte die Türkei auch nach der Verschlechterung ihrer Beziehungen zu Israel ihre Drohnenentwicklung fortsetzen, da diese Teile die Lücke füllten, die die nunmehr ausbleibende israelische Industrie hinterließ. Wichtige Schlüsselkomponenten kommen zudem von britischen und ukrainischen Herstellern (Sabbagh/McKernan 2019; Gürcan 2020). Da die Aktionen der türkischen Streitkräfte im kurdischen Raum in Deutschland im Fokus der Kritik stehen und der Export von Heerestechnologie daher umstritten ist, ist Deutschland heute hauptsächlich für die Weiterentwicklung der türkischen Marinerüstung attraktiv. Der Anstieg der Rüstungsimporte aus Deutschland im Jahr 2019 geht primär auf die kostenintensive Modernisierung der türkischen U-Boot-Flotte zurück (Deutsche Presseagentur 2019). Sie stellt eine Fortsetzung der seit 1980er-Jahren laufenden engen Zusammenarbeit auf dem maritimen Feld dar, und so wurden auf türkischen Werften ganze Schiffsklas-

sen in Lizenz nachgebaut (Gehring 2020). Die türkische Industrie hat darauf aufbauend eigene Schiffsklassen wie die MILGEM-Klasse entwickelt, die sie auch zum Export anbietet.

Die wachsende Unabhängigkeit der türkischen Rüstungsindustrie wurde also nicht allein durch einen höheren Anteil lokaler Komponenten erreicht, sondern auf dem Wege der Diversifikation der Rüstungsimporte durch die verbreiterte Internationalisierung der Bezugsquellen. Eben deshalb lässt sich aus einzelnen symbolträchtigen Rüstungsprojekten nur bedingt auf die bündnispolitische Orientierung der Türkei schließen. Dies gilt auch mit Blick auf die Beschaffung der russischen S-400-Luftabwehrsysteme, denn die Einbindung der Türkei in westliche Bündnisstrukturen ist weit tiefer und komplexer als einzelne Rüstungsprojekte es vermuten lassen (vgl. Gehring 2019b). Zudem gilt der S-400 Komplex im Vergleich zu zahlreichen westlichen Systemen als überlegen, seine Anschaffung ist somit auch aus industriepolitischen Motiven attraktiv.

Aus dieser Diversifikationsstrategie erwachsen jedoch eine Reihe von Problemen. Sie betreffen zunächst die Interoperabilität, denn das Zusammenwirken mit NATO-Partnern wird erschwert, und selbst die vernetzte Integration von Systemen wie S-400 in die eigene Luftverteidigung erweist sich als schwierig bis unmöglich. Auf der politischen Ebene hat das S-400-Geschäft erhebliche Diskussionen über die bündnispolitische Orientierung der Türkei nach sich gezogen, beziehungsweise zur Zuspitzung bereits bestehender Debatten geführt (Gehring 2019b). Dies hat die US-Regierung dazu veranlasst, die Teilnahme der Türkei an der Beschaffung des Mehrzweckkampfflugzeuges F-35 zu suspendieren (Pawlyk 2019). In der Folge fehlt den Türkischen Luftstreitkräften nicht nur eine Nachfolgerin für ihre Phantom F4, sondern die Türkische Marine muss nun auf Flugzeuge für ihren Flugzeugträger Anadolu (Lizenzbau der spanischen Juan Carlos) verzichten und kann damit Teile ihrer Strategie nicht mehr umsetzen. Ein weiteres Problem liegt darin, dass der Transfer von Technologien nur im unterschiedlichen Maße gewährt wird; je fortgeschrittener das Waffensystem, desto weniger Einsicht wird der türkischen Industrie gewährt. Ungeachtet der spezifischen politischen Probleme, die durch die versuchte parallele Beschaffung amerikanischer F-35 Kampfflugzeuge und des russischen S-400 Flugabwehrsystems entstanden, hatten weder die USA noch Russland der Türkei einen tiefen Einblick in die Funktionsweise ihrer Systeme gewährt. Obwohl die türkische Industrie als Lizenznehmer ursprünglich sogar in die Produktion von F-35-Teilen für den Export eingebunden werden sollte, hatte der anvisierte Know-how-Transfer vorherein auf nur wenige Komponenten beschränkt bleiben sollen.

## 5. Schluss: Ein militärisch-industrieller Komplex?

Trotz der Widersprüche und industriepolitischen Grenzen, mit denen die Türkisierung der Rüstung konfrontiert ist, hat sie den militärpolitischen Spielraum der Türkei erhöht. Nicht mehr der Import von ganzen Waffensystemen, sondern die internationalen Patente, Produktions- und Zulieferketten sowie die sie institutionell tragenden Joint Ventures mit internationalen Herstellern bilden heute die Achillesferse der türkischen Rüstung. Politisch bedeutet dies, dass direkte Embargomaßnahmen gegen Rüstungsgüter kaum mehr direkten wirksamen Einfluss auf unmittelbar bevorstehende oder laufende türkische Militäroperationen nehmen können. Die meisten Gegner der Türkei sind ihr militärisch klar unterlegen und deren Fähigkeit, gegen sie auf Basis lokaler Waffensysteme, Bestände und Wartungskapazitäten zumindest einige Wochen lang Krieg zu führen und dabei die jeweiligen militärischen Ziele zu realisieren, sind gegeben (Gehring 2020).

Doch die Frage, inwieweit in der Türkei von einem militärisch-industriellen Komplex gesprochen werden kann, ist nicht alleine eine der reinen militärischen Performance. Vielmehr erfordert sie eine doppelte Perspektive, die sich sowohl auf die wichtigsten Parameter der türkischen Rüstungsindustrie als auch auf eine adäquate kritisch-politökonomische Fassung des Begriffes an sich bezieht. Trotz ihres Wachstums befindet sich die türkische Rüstungsindustrie im internationalen Vergleich nicht unter den führenden derartigen Industrien. Allerdings nahm sie im Jahr 2018 mit Platz 14 eine Position im oberen Mittelfeld der größten Rüstungsindustrien ein – wenngleich mit weitem Abstand zu den globalen fünf Spitzenreitern (Wezeman u.a. 2019: 2). Einen positiven Effekt auf die Leistungsbilanz und einen quantitativ bedeutsamen Beschäftigungseffekt hat der Sektor ebenfalls nicht. Die beiden größten Rüstungsunternehmen ASELSAN und Turkish Aerospace belegten 2017 im globalen Größenranking die Plätze 60 und 70 (Sönmez 2019). Dies indiziert einen relativ geringen Konzentrationsgrad in diesem Sektor und führt direkt zum zweiten Teil der Frage, der mit dem politökonomisch-staatstheoretischen Verständnis des Begriffs verbunden ist. Der Begriff des militärisch-industriellen Komplexes wurde 1961 während des Kalten Krieges von Dwight D. Eisenhower in Anlehnung an Charles Wright Mills (1956) Konzept des *military establishment* geprägt und beschreibt das eng verflochtene Dreieck aus Militär, Politik und Großkonzernen, die in der Rüstung tätig sind. Eisenhower beklagte dabei vor allem die wachsenden Verflechtungen zwischen diesen drei Komplexen und deren Verselbständigung gegenüber der gewählten Exekutive (Eisenhower 1961).

Allerdings ist zu fragen, inwieweit der Begriff des militärisch-industriellen Komplexes im Sinne einer kritischen politischen Ökonomie die notwendige

ökonomietheoretische Tiefe liefert, um ökonomische Strukturverhältnisse, Machtverhältnisse und Entwicklungstendenzen sowie die konkreten Machtpotentiale der Akteure adäquat zu fassen. Erweitert man ihn dahingehend theoretisch, so wird sichtbar, dass er in seinem historischen Kontext auf die spezifische Situation einer global agierenden ökonomischen ebenso wie militärischen Weltmacht abzielt, deren Rüstungskonzerne zugleich Teil der nationalen Bourgeoisie sind. Die Türkei aber ist ein semiperipherer Staat, der von passiver Extravision gezeichnet ist, und dessen Rüstungsaktivitäten netto genau zu dieser passiven Extravision beitragen. Ihre führenden Holding-Konzerne sind als innere Bourgeoisie zu klassifizieren. Das überwiegende Gros der Profite entsteht in der stark finanzierten türkischen Ökonomie, und zwar nicht mit Rüstung, sondern mit zivilen Aktivitäten im Finanzsektor, bei der Konsumgüter- und Autoproduktion, bei Immobilien, im Tourismus sowie in der Bauwirtschaft. Dies gilt sogar für den Pensionsfonds der türkischen Streitkräfte, die OYAK-Holding, die zu den größten Unternehmensgruppen des Landes gehört. Die feste Einbindung in die euro-transatlantische Ordnung bildet dabei monetär wie regulativ eine zentrale Voraussetzung für die Reproduktion der inneren Bourgeoisie, und Störungen dabei führen zu erheblichen Spannungen im Machtblock und sind zumindest historisch die strukturell wichtigste Ursache für die Putschanfälligkeit der Türkei. Die AKP konnte genau diese Einbindung in den ersten zehn Jahren ihrer Regierungszeit stabil und unter Integration erheblicher Teile der Bevölkerung leisten; erst ihr verstärkt antiwestlich-populistischer Diskurs im Kontext ihrer Hegemoniekrise ließ Zweifel daran aufkommen und führte zu Spannungen im Machtblock. Der Putschversuch von 2016 scheiterte nicht zuletzt an der Struktur der türkischen Ökonomie und den daraus erwachsenden Interessen der führenden Akteure. Die putschenden Militärs verwiesen zwar auf die wachsende diplomatische Isolation und den Reputationsverlust der Türkei in der westlichen Welt und kritisierten den Despotismus der Regierung; sie fanden aber kein elaboriertes gesellschaftliches Projekt vor, in dessen Dienst sie ihren Putsch hätten stellen können. Dies war im Gegensatz dazu bei den Putschen von 1980 (am Vorabend der neoliberalen Transformation gegen die politische Linke gerichtet) und 1997 (am Vorabend der Neuaufgabe des EU-Integrationsprojektes gegen den politischen Islam an der Regierungsmacht gerichtet) der Fall. Die führenden Fraktionen der inneren Bourgeoisie bildeten zum Zeitpunkt des Putschversuches kein breiteres gesellschaftliches Bündnis, das für ein Post-AKP-Projekt stand; dem Putsch fehlten entscheidende Voraussetzungen, er wurde daher nur von einer minoritären Fraktion der Streitkräfte ausgeführt und von keinerlei relevanten gesellschaftlichen Akteuren unterstützt (Gehring 2019c). Wichtige institutionelle Rüstungspo-

litische Akteure, wie die TSKGV, spielten in den Auseinandersetzungen im Übrigen keinerlei Rolle – dies entspricht auch ihrer realen sozialen wie politischen Macht. Dennoch reagierte die gewählte Spitze der Exekutive in Gestalt des Präsidenten mit einer Reihe von teils defensiven, teils offensiven Maßnahmen auf den Putsch, um potentielle Zentren von Widerstand und Verschwörung auszuschalten. Dem dienten zum Beispiel die ausgedehnten Verhaftungswellen im Verwaltungs- und Bildungssektor und bei Teilen der Streitkräfte. Das Präsidialdekret Nr. 695 vom Dezember 2017, welches die TSKGV nunmehr seiner Verantwortung unterstellt (Gürcan 2019), folgt einem bereits langanhaltenden Trend der Konzentration präsidentialer Macht durch Unterordnung vormals unabhängiger (ökonomischer) Institutionen (Gehring 2018). Ein ausgeprägter Fokus auf den Rüstungssektor in Folge einer besonderen Involvierung desselben lag nicht vor.

Die Autonomie der Streitkräfte ist eine relative – mit Betonung auf *relativ*. Erfolgreiche Putsch wurden auf der Grundlage von breiten gesellschaftlichen Bündnissen ausgeführt. Ihre Dynamiken sind stets eng mit den Interessen der führenden Kapitalfraktionen, d.h. der inneren Bourgeoisie, verknüpft gewesen. Kein Putsch konnte erfolgreich gegen hegemoniale Interessen ausgeführt werden, sondern ebnete diesen den Weg, wenn sie durch gesellschaftliche oder politische Widerstände blockiert waren (Gehring 2013). Zugleich aber sind die von der inneren Bourgeoisie präferierten und seit Jahrzehnten hegemonial verankerten Wirtschaftspolitiken ein großes Hemmnis auf dem Weg zur Herausbildung einer nationalen Bourgeoisie (Gehring 2019c). Um einen militärisch-industriellen Komplex herauszubilden, bedürfte es mindestens einer nationalen Bourgeoisie und einer signifikanten Produktionsgüterindustrie, und nicht nur einer Militarisierung der Montageindustrien. Die dafür aufgewendeten Mittel fehlen anderswo und dürften die Position der Türkei im Middle-Income-Gap eher konservieren – dies wird durch den militaristisch-nationalistischen Diskurs übertüncht. Um das Middle-Income-Gap zu verlassen, müsste der türkische Staat insgesamt eine Wirtschafts- und Industriepolitik entwickeln, die eine Alternative zum stark finanzialisierten Akkumulationsregime eröffnet. Das aber wäre gegen die Interessen der führenden Kapitalfraktionen, die eine damit verbundene redistributive Politik befürchten. Zumindest aus anti-militaristischer Sicht ist diese Entwicklungsblockade schon beinahe zu begrüßen.

## Literatur

- Ahval (2020): Turkey posts biggest current account deficit since April; lira drops (12.10.2020). URL: <https://ahvalnews.com/>, Zugriff: 12.10.2020.
- Akça, İsmet (2010): Military-Economic Structure in Turkey: Present Situation, Problems and Solutions. İstanbul. URL: <https://www.files.ethz.ch/>, Zugriff: 12.10.2020.

- Akçay, Ümit (2018): Neoliberal Populism in Turkey and its Crisis. Working Paper, no. 100/2018 Institute for International Political Economy Berlin – Berlin School of Economics and Law. Berlin.
- Ataç, Ilker (2013): Ökonomische und politische Krisen in der Türkei. Münster.
- Bakeer, Ali (2019): Testing the Turkey-Qatar military partnership (25.02.2019). URL: <https://english.alaraby.co.uk/>, Zugriff: 29.9.2020.
- Becker, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: politökonomische Perspektiven. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 14(2): 10-32.
- Boratav, Korkut (1986): Import Substitution and Income Distribution under a Populist Regime: The Case of Turkey. In: *Development Policy Review* 4(2): 117-139.
- Demir, Alpaslan Kadir / Caymaz, Ebru / Erenel, Fahri (2016): Defense Industry Clusters in Turkey. In: *Journal of Defense Resources Management* 7(1): 7-20.
- Demir, İsmail (2016): Turkey Aerospace & Defense. In: *Global Business Reports*.
- Deutsche Presseagentur (2019): Deutschland liefert Waffentechnik für 184 Millionen Euro an Türkei. In: *Handelsblatt* (16.7.2019). URL: <https://www.handelsblatt.com/>, Zugriff: 27.9.2020.
- Durmaz, Mahmut Monterey (2014): The U.S. arms embargo of 1975–1978 and its effects on the development of the Turkish defense industry. Master's Thesis an der Naval Postgraduate School, Monterey, California. URL: <http://hdl.handle.net/>, Zugriff: 9.9.2020.
- Eisenhower, Dwight D. (1961): Farewell Radio and Television Address to the American People. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/>, Zugriff: 12.10.2020.
- Gehring, Axel (2013): »Militärische Vormundschaft« in der Türkei oder Kontinuität zur türkischen Militärjunta des 12. Septembers 1980? Hegemoniepolitik mit Erzählungen über die Türkischen Streitkräfte. In: Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.): *Doktorand\_innen Jahrbuch 2013 – Work in Progress – Work on Progress*. Hamburg: 87-101.
- (2018) Brüchige Stabilität. Die Türkei nach den Wahlen. In: *Zeitschrift Luxemburg Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* (Juli 2018). URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/>, Zugriff: 11.10.2020.
  - (2019a): Vom Mythos des starken Staates und der europäischen Integration der Türkei – Über eine Ökonomie an der Peripherie des euro-transatlantischen Raumes. Wiesbaden.
  - (2019b): NATO-Austritt der Türkei? In: *W&F Wissenschaft und Frieden* 01/2019: 33-36.
  - (2019c): Crisis of Hegemony, but no Counter-Hegemonic Project – Making Sense of the Failed July 15th Coup in Turkey; Failed July 15th Coup in Turkey. In: Christofis, Nikos (Hg.): *Erdoğan's »New Turkey«: The Attempted Coup d'état and the Acceleration of Crisis in Modern Turkey*. London: 140-155.
  - (2020): Rüstungspolitische und ökonomische Voraussetzungen der türkischen Invasion Nordsyriens. In: *Zeitschrift Luxemburg Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* (Januar 2020). URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/>, Zugriff: 27.9.2020.
- Gill, Stephen (2000): Theoretical Foundations of Neo-Gramscian Analysis of European Integration. In: Bieling, Hans Jürgen / Steinhilber, Jochen (Hg.): *Dimensions of a Critical Theory of European Integration*. Marburg: 15-32.
- Gürçan, Metin (2019): Turkey's defense industry sees rise of »the president's men« – Decision-making power in Turkey's defense industry is shifting from the military to businessmen close to President Recep Tayyip Erdoğan (20 November 2019). URL: <https://www.al-monitor.com/>, Zugriff: 27.9.2020.
- (2020): Is Turkish defense industry's 'success story' turning sour? (4.5.2020). URL: <https://www.al-monitor.com/>, Zugriff: 27.9.2020.
- haberler.com (2020): Türkiye'nin ilk yerli ve milli yer gözlem uydusu gelecek yıl uzaya fırlatılacak (4.6.2020). URL: <https://www.haberler.com/>, Zugriff: 30.9.2020.
- haberturk.com (2020): Türkiye ve dünyada savunma sanayii (13.10.2020). URL: <https://www.haberturk.com/>, Zugriff: 13.10.2020.
- Iddon, Paul (2020): Turkey's Defense Industry Has Come A Long Way, But Ankara Still Relies Heavily On Foreign Suppliers (25.7.2020). URL: <https://www.forbes.com/>, Zugriff: 29.9.2020.

- ILOSTAT database (2020): Labor force, total – Turkey. URL: <https://data.nk.org/>, Zugriff: 13.9.2020.
- IMF (International Monetary Fund) (2019): World Economic Outlook Database. <https://www.imf.org/>, Zugriff: 27.9.2020.
- Karatepe, İsmail Doga (2020): The Cultural Political Economy of the Construction Industry in Turkey – The Case of Public Housing. Leiden.
- Mevlütöğlü, Arda (2017): Commentary on Assessing the Turkish defense industry: structural issues and major challenges. In: *Defence Studies* 17(3): 282–294, DOI: <http://doi.org/10.1080/14702436.2017.1349534>.
- Mills, Charles Wright (1956): *The Power Elite*. New York.
- Öztürk, Özgür (2010): *Türkiye’de Büyük Sermaye Grupları. Finans Kapitalin Oluşumu ve Gelişimi*. İstanbul.
- (2011): *Global Crisis and Late Development: Internationalization of Turkish Finance Capital*. In: Şiriner, İsmail / Morday, Farhang / Mika, Janusz / Koç, Şevket Alper / Kapucu, Hakan / Doğan, Emrah (Hg.): *Political Economy Crisis & Development – Politik İktisat, Kriz ve Kalkınma*. London & İstanbul: 201–217.
- Pawlyk, Oriana (2019): Trump: Turkey Will Be Out of F-35 Fighter Jet Program After S-400 Buy (16.7.2019). URL: <http://www.military.com/>, Zugriff: 20.2.2020.
- Poulantzas, Nikos (1975): *Klassen im Kapitalismus – heute*. Berlin.
- Réal-Pinto, Anouk Gabriela Côrte (2017): A Neo-Liberal Exception? The Defence Industry ›Turkification‹ Project. In: *International Development Policy* 8/2017: 299–331. DOI: <https://doi.org/10.4000/poldev.2316>.
- Sabbagh, Dan / McKernan, Bethan (2019): Revealed: how UK technology fuelled Turkey’s rise to global drone power. In: *The Guardian* (27.11.2019). URL: [www.theguardian.com](http://www.theguardian.com). Zugriff: 5.2.2020.
- Sav Türk (2020): *Türk Savunma Sanayisinin Yılı Verileri*. URL: <https://savturk.com/>, Zugriff: 19.9.2020.
- Sönmez, Alper (2019): The importance of defense industry in Turkish economy. IIES International Academic Conference, Dubrovnik, 27.8.2019. DOI: <https://www.doi.org/10.20472/IAC.2019.049.036>.
- Yalman, Galip (2009): *Transition to Neoliberalism – The Case of Turkey in the 1980s*. İstanbul.
- Wezeman, Pieter / Fleurant, Aude / Kuimova, Alexandra / Tian, Nan / Wezeman, Siemon (2019): *Trends in International Arms Transfers, 2018*. SIPRI Fact Sheet March 2019. Stockholm.
- World Bank (2020): Open Data. URL: <https://data.worldbank.org>, Zugriff: 13.9.2020.
- Züricher, Erik J. (2017): *Turkey. A Modern History*. London–New York.